

Inhalt

Vorwort	5
Prolog	11
1. Beim Lastenausgleich »waren wir alle Ostdeutsche«? Von den Ursachen einer ungeschehenen Geschichte	11
2. Die »volkswirtschaftlichen Möglichkeiten« und andere Fragen an die Politik des Lastenausgleichs	20
3. Ein lückenhafter Forschungsstand und sein Hintergrund	32
4. Quellenlage	38
Erstes Kapitel	
Der Apparat des Lastenausgleichs	41
1. Weichenstellungen: Von der Währungsreform über die Soforthilfe bis zum Lastenausgleichsgesetz	41
2. Das Spektrum der Ausgleichsleistungen	57
2.1 Von der Ausbildungshilfe bis zur Wohnungsbauförderung	57
2.2 Hauptentschädigung: Kernstück des Lastenausgleichs	61
2.3 Hilfe für verlorenen Hausrat: Die »Hauptentschädigung des kleinen Mannes«	63
2.4 Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente	64
3. Der Ausgleichsfonds und seine »Aufbringung«	66
3.1 Ausgleichsabgaben	66
3.2 Vermögenssteuer und andere Zuschüsse von Bund und Ländern	74
4. Die Ausgleichsbürokratie: »Ein Staat im Staate«?	83
4.1 Das Bad Homburger Bundesamt und sein Unterbau in Ländern und Kommunen	83
4.2 Die Heimatauskunftstellen	94
5. 28 Novellen in 23 Jahren: Leistungserhöhungen ohne große Finanzreform im Julisturm des Lastenausgleichs (1952–1975)	103
Zweites Kapitel	
Akteure und Interessen im Lastenausgleich	113
1. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände	113

1.1	Vertriebenengewerkschaft versus Landsmannschaften, Kather gegen Manteuffel: Ein »Eiserner Vorhang« und seine verspätete Überwindung durch den BdV	113
1.2	»Das Lächeln des Lastenausgleichs«? Der BdV-Kurs unter seinem Kompromiss-Präsidenten Hans Krüger	129
1.3	Der BdV und die Grenzen des Lastenausgleichs für den vertriebenen Mittelstand	131
1.4	Finanzielle Abhängigkeiten und ostpolitische Prioritäten	135
1.5	Das Engagement der BdV-Präsidenten Jaksch, Rehs und Czaja	140
1.6	Der Lastenausgleichsausschuss der Vertriebenen und seine »Salami-Taktik«	144
2.	Gesellschaftliches Reizklima um den Lastenausgleich	160
2.1	Das Verhältnis der Ostvertriebenen zu anderen Kriegsgeschädigten und NS-Opfern	160
2.2	Ein spezieller Konkurrent: Der Zentralverband der Fliegergeschädigten	171
2.3	Die Flüchtlinge aus der SBZ/DDR	182
2.4	Die Seite der Abgabeschuldner	190
2.5	Kirchen und Gewerkschaften	202
2.6	Zur Psychologie der Abgabesenkungen	214
3.	Die politischen Parteien und ihr parlamentarisches Wirken	219
3.1	CDU und CSU: Ostdeutsche Lobby in der Mehrheitspartei der Einheimischen?	219
	<i>Organisatorische und konfessionelle Strukturen der CDU-Vertriebenenarbeit – Zwischen Kather und Kunze, Lukaschek und Oberländer: Persönlichkeitsfaktoren in der CDU-Ausgleichspolitik – Positionen der CDU-Kanzler – Staatssekretär Peter Paul Nahm: Ein Mittelrheinländer als wichtigster Politiker der CDU im Lastenausgleich – Schäffer, Schütz und die CSU – Erfolgreiche CDU/CSU-Vertriebenenpolitik trotz halbherzigen Lastenausgleichs</i>	
3.2	Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten: Die vertanen Chancen einer Interessenpartei wider Willen	268
	<i>Partei des Lastenausgleichs sans phrase oder »nationale Volkspartei«? – Nordrhein-Westfalen: Schicksalsland des BHE – Verhandlungsfehler beim Regierungseintritt 1953 – Die »K.O.-Krise« und das Scheitern an der 5 %-Hürde 1957 – Probleme mit dem Katholizismus und der NS-Vergangenheit – Die Rolle des zerfallenden BHE nach 1957</i>	
3.3	Die SPD: Scheiternde »Flüchtlingspartei der ersten Stunde« und später Anwalt eines breiteren Lastenausgleichs	316

Soziales Bündnis zwischen alter Arbeiterbewegung und neuer Vertriebenenarmut? – Sozialdemokratische Chancen durch den Abstieg des BHE – Im Spagat zwischen entschiedenerem Lastenausgleich und neuer Ostpolitik – Der Mangel an ostdeutschen Köpfen und die Rolle Herbert Wehners

3.4 Die FDP: Zwischen einheimischem und vertriebenem Mittelstand	360
<i>Inkonsistente Vertriebenenpolitik als kleine Regierungspartei im Bürgerblock bis 1956 – Scheiternde Annäherung an den BHE und Wiederbelebung der FDP-Vertriebenenarbeit in der Opposition (1957–1961) – Vom umstrittenen FDP-Vertriebenenminister Mischnick (1961) bis zur erneuten Opposition (1966–1969)</i>	
3.5 Am links- und rechtsextremen Rand	388
<i>Kommunisten und Westdeutscher Flüchtlingskongress – Vertriebenenpolitische Agitation von der Deutschen Konservativen Partei-Deutsche Rechtspartei bis zur NPD</i>	
4. Die Dominanz des Bundesfinanz- gegenüber dem Vertriebenenministerium	404
4.1 Anhaltender Kompetenzstreit um die Verteilungsseite des Lastenausgleichs	405
4.2 Die LAG-Novelle vom Juli 1959 und das künftige »Einvernehmen« zwischen beiden Häusern	417
4.3 Personalpolitik mit Vertriebenen-Malus am Bundesausgleichsamt	425

Drittes Kapitel

Die Grenzen des Lastenausgleichs und sein Zurückbleiben hinter den »volkswirtschaftlichen Möglichkeiten«	445
1. Der Fonds in frühen Finanzierungsnöten (1953–1957)	445
2. Das Scheitern des verstärkten Zugriffs auf die Vermögenssteuer der Länder in der 4. Novelle 1955	458
3. Das abgesagte Schlussgesetz und der nur halb eingelöste »Besserungsschein« des LAG in der 8. Novelle 1957	470
3.1 Die Hoffnungen der Vertriebenen und der Novellentwurf der Regierung	470
3.2 Konfrontation mit dem Bundesrat und Kompromissfindung	482
3.3 Dauerhaft zu wenig Vermögenssteuer für den Fonds? Das Für und Wider der 8. Novelle	498

4. Verhinderte Ersatzlösungen: Vom Aktienplan Gerhard Ziemers bis zur Zwangsraffung der Abgaben (1957–1961)	506
5. Letzte Bemühungen von BdV und SPD um die Erhöhung der Einnahmen und Streit um die Fonds-Reserven (1961–1966)	525
5.1 Von der 16. Novelle für SBZ-Flüchtlinge ostdeutscher Herkunft bis zur SPD-Initiative »Mehr Mut zu einem gerechten Lastenausgleich« (1964).	526
5.2 Schon »zu viel des Guten« beim Lastenausgleich? Der Weg zur 18. Novelle und Kanzler Erhards Ringen um eine »formierte Gesellschaft« (1964–1966)	540
6. Finanzpolitische Rückzugsgefechte: Die Spätphase des Ausgleichsfonds ab 1967	557

Viertes Kapitel

Schlussstrich unter die Vertriebenensozialpolitik? Lastenausgleich in den Zeiten der Ostverträge (1969–1975)	567
1. Ostpolitischer Rahmen	567
2. Zwischen Abgabesenkungsdebatten und Novellenroutine	572
3. Die Ostverträge und die Frage der Endgültigkeit des Eigentumsverlusts im Lastenausgleich	581
4. Die 28. Novelle im Januar 1975: Schlussgesetz ohne verbesserte Hauptschädigung für die Ostvertriebenen	596
Ergebnisse	615
Epilog: Der Lastenausgleich und die Integration der Ostdeutschen in West-Deutschland	633

Anhang

Abkürzungsverzeichnis	641
Quellenverzeichnis	645
Literaturverzeichnis	648
Personenregister	666